

AWO *Zeitung*



der Arbeiterwohlfahrt in den Landkreisen Lüneburg, Uelzen und Lüchow-Dannenberg

Ausgabe 2 / 2017



Jürgen Matern / Wikimedia Commons

AWO zur Bundestagswahl

am 24. September



- *Die fünf Kernforderungen der AWO an die Bundespolitik*
- *Fachforderungen der AWO zur Bundestagswahl*

Liebe Mitglieder und Freunde der Arbeiterwohlfahrt,

im September ist es mal wieder soweit: der Deutsche Bundestag wird neu gewählt. Selbstverständlich werden wir alle an der Wahl teilnehmen und so dafür sorgen, dass insbesondere Parteien, die in Deutschland wieder für ein Klima von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eintreten keine Chance haben. Die AWO wurde in einem solchen Klima bereits einmal für zwölf Jahre verboten – das soll sich nicht wiederholen! Dagegen hilft nur die Wahl einer demokratischen Partei und eine hohe Wahlbeteiligung!

In dieser Ausgabe dokumentieren wir etwas ausführlicher die fünf Kernforderungen der AWO an die Bundespolitik. Im Anschluss finden sich alle Forderungen der AWO in Kurzform wieder. Auf Anforderung (enke@awo-lueneburg.de) senden wir auch gerne die Begründungen für alle diese Einzelpunkte kostenfrei zu.

Und wer sich dann noch nicht entscheiden kann, welche Partei die beiden Stimmen bekommt, kann gut den „Wahl-O-Mat“ nutzen: hier werden zu allen wesentlichen Politikfeldern die eigenen Überzeugungen mit den Programmen der Parteien verglichen und anschließend Übereinstimmungen aufgezeigt.

Im September 2017 wird der 19. Deutsche Bundestag gewählt und er steht vor großen Herausforderungen. Einerseits sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gut wie seit langem nicht mehr: Deutschland verzeichnet ein robustes Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungssituation am Arbeitsmarkt ist äußerst solide, die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern haben historische Höchststände erreicht. Infolgedessen konnten in den vergangenen vier Jahren einige Leistungsverbesserungen auf den Weg gebracht werden.

Andererseits profitieren viele Menschen nicht von diesen positiven Entwicklungen. Während hohe Einkommen und Vermögen gestiegen sind, bleiben kleine und mittlere Einkommen zurück. So besitzen die oberen 10 Prozent der Haushalte in Deutschland fast 60 Prozent des gesamten Nettovermögens. Dagegen verfügt die untere Hälfte der Haushalte nur über rund 1 Prozent. Auch die Einkommensschere klafft immer weiter auseinander. Während die

Einkommen der oberen 10 Prozent zwischen 2000 und 2012 um mehr als 15 Prozent gestiegen sind, bleiben sie in den mittleren Einkommensgruppen nahezu unverändert. Hinzu kommen gesellschaftliche Entwicklungen, die neue Verteilungsfragen aufwerfen: So wird der demografische Wandel die Sozialwirtschaft in doppelter Hinsicht fordern. Zum einen im Hinblick auf die steigende Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen für ältere Menschen und zum anderen im Hinblick auf den Fachkräftemangel, der in vielen Einrichtungen und Diensten schon heute spürbar ist. Gleichzeitig schotten sich Deutschland und Europa immer weiter ab, die Angst vor Geflüchteten nimmt zu und die Notwendigkeit, mehr Verantwortung zur Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Vertreibung zu übernehmen, steigt täglich.

Die wachsende soziale Ungleichheit bedeutet nicht nur eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung. Studien belegen vielmehr, dass auch immer mehr Menschen die soziale Ungleichheit mittlerweile für zu groß halten. Gleichzeitig schwindet das Vertrauen der Menschen, dass unsere sozialen Sicherungssysteme mehr Gleichheit in der Gesellschaft herstellen können. Die zunehmende Ungleichheit untergräbt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und entlädt sich in einem Zulauf zu politischen Extremen. Angesichts dieser Entwicklungen wird es Aufgabe der Politik in der kommenden Wahlperiode sein, das verloren gegangene Vertrauen der Menschen in den demokratischen und sozialen Rechtsstaat wieder zurück-zugewinnen. Vor diesem Hintergrund fordert die AWO von den Kandidat*innen für den 19. Deutschen Bundestag, sich für eine Politik einzusetzen, die den folgenden fünf Kernforderungen gerecht wird:

1. Mehr Verteilungsgerechtigkeit schaffen!

Armut und soziale Ausgrenzung müssen in allen Lebenslagen konsequenter bekämpft werden. Dies erfordert einen weiteren Ausbau des Sozialstaates, insbesondere realitätsgerechte Grundsicherungs- und Sozialhilfeleistungen sowie ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum. Gleichzeitig bedarf es einer umfassenden Reform der familienpolitischen Leistungen, die eine konsistente, gerechte und transparente Förderung der Familien sicherstellt. Der zunehmenden Spaltung zwischen Arm und Reich muss durch eine höhere Besteuerung von Reichtum und Vermögen begegnet werden. Darüber hinaus braucht es eine höhere Besteuerung der Kapitalerträge und eine Finanztransaktionssteuer.

2. Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken!

Alle Menschen in unserer Gesellschaft müssen gleiche Rechte und gleiche Chancen haben. Dies erfordert vor allem eine konsequentere Gleichstellung von Frauen und Männern mit und ohne Behinderungen, eine entschiedene Bekämpfung jeglicher Diskriminierung und ein Eintreten für eine moderne Vielfaltspolitik. Für den Zusammenhalt der Gesellschaft von grundlegender Bedeutung sind die vielfältigen Leistungen, die in Familien erbracht werden. Familien sind mit einer am Lebenslauf orientierten Familienpolitik zu stärken. Zudem müssen die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement weiter verbessert werden. Denn auch ein breites bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck eines starken Zusammenhalts in der Gesellschaft.



3. Geflüchteten eine Perspektive geben!

Das Recht auf Asyl gehört zu den unverrückbaren Grund- und Menschenrechten, zu dessen Achtung Deutschland national und international verpflichtet ist und das daher nicht weiter ausgehöhlt werden darf. Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, müssen hier einen umfassenden Schutz und eine Perspektive für ein friedliches und selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft erhalten. Hierzu gehört auch, allen anerkannten Flüchtlingen ein gleiches Recht auf Familienzusammenführung

zu gewähren. Schließlich muss neben den Asylrecht und dem Integrationsrecht ein zukunftsorientiertes Einwanderungsgesetz geschaffen werden, das über die reine Fachkräftesicherung hinausgeht und die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben aller in unserer Gesellschaft regelt.

4. Soziale Sicherheit gewährleisten!

Die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit muss auch in Zukunft zentrale Aufgabe der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland sein. Hierzu bedarf es starker sozialer Sicherungssysteme, die über die Absicherung eines menschenwürdigen Daseins hinaus eine selbstbestimmte Teilhabe und wirtschaftliche Unabhängigkeit in allen Wechselfällen des Lebens garantieren, insbesondere bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erwerbsminderung, Pflege und im Alter. Die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen muss als Fundament der Sozialversicherung wiederhergestellt werden. Zugleich muss die Solidarität in unseren sozialen Sicherungssystemen gestärkt werden. Dies erfordert, dass alle Bürger*innen in die gesetzliche Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung einbezogen werden. Ebenso muss die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden, die den Lebensstandard nach einem erfüllten Erwerbsleben wieder absichert und damit auch vor Altersarmut schützt.

5. In soziale Infrastruktur investieren!

Soziale Sicherheit in einer verunsicherten und älter werdenden Gesellschaft braucht einmal mehr eine funktionierende soziale Infrastruktur im Quartier, von Kindertagesstätten, über Beratungseinrichtungen bis hin zu Seniorenzentren. Damit dies gelingt bedarf es verstärkter Investitionen in die soziale Infrastruktur. Ihre Entwicklung darf nicht sich selbst oder dem gewinnorientierten Wettbewerb überlassen werden.

Jürgen Enke

Impressum AWO Regionalverband Lüneburg / Uelzen / Lüchow-Dannenberg e. V.

Erscheinungsweise: zweimal im Jahr mit einer Auflage von jeweils 1.100; die Zeitung wird kostenlos an Mitglieder und politisch Verantwortliche verteilt. Im Abo ist die AWO-Zeitung zum Jahrespreis von 10,- (gegen Vorkasse, incl. Porto) erhältlich.

Redaktion: Jürgen Enke (v. i. S. d. P.)

Herausgeber: AWO Regionalverband Lüneburg / Uelzen / Lüchow-Dannenberg e. V., Käthe Krüger Str. 15, 21337 Lüneburg; Der Vorstand; Vorsitzender: Achmed Date, Bleckede
Telefon 04131-75960 · Fax 04131-759613
e-mail: enke@awo-lueneburg.de
internet: www.awo-lueneburg.de

Spenden zugunsten der AWO-Zeitung erbitten wir unter dem Stichwort „Zeitung“ an die AWO, Kto: 48405 bei der Sparkasse Lüneburg (BLZ: 240 501 10) – eine steuerlich absetzbare Spendenbescheinigung wird umgehend zugesandt.



Fachforderungen der AWO

Arbeitsmarkt – Zukunft der Arbeit

- Für eine bessere Fachkräftegewinnung in den SAGE-Berufen
- Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in der Pflege ergreifen
- Für einen Tarifvertrag Soziales
- Für eine bessere Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping
- Für eine Ausweitung des gesetzlichen Mindestlohns
- Für einen sozialen Arbeitsmarkt und den Passiv-Aktiv-Transfer
- Für eine zügige und nachhaltige Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten
- Für flexiblere Übergänge in die Rente



Armut und Verteilungsgerechtigkeit – Für eine Stärkung des Sozialstaats und mehr Solidarität der Reichen

- Für realitätsgerechte Regelbedarfe
- Für eine entschlossene Bekämpfung von Kinderarmut

Beratung – Beratung für verletzte Gruppen sicherstellen

Schuldner- & Insolvenzberatung **Wohnungslosenhilfe**
Betreuungsvereine Hilfe bei häuslicher Gewalt
Erziehung & Familienberatung *Suchtberatung*
Migration **Pflege- und Seniorenberatung**
Krebsberatung Mutter-/Vater-Kind-Kuren
Schwangerschafts- (Konflikt)Beratung

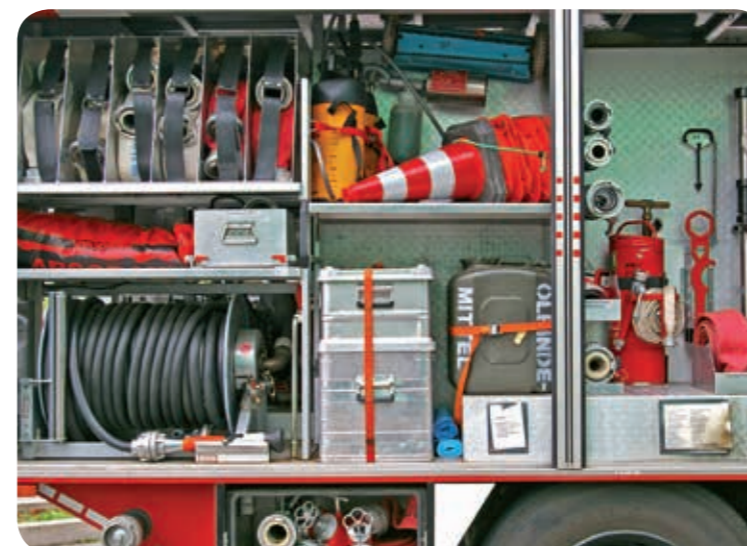
Auf Anforderung (enke@awo-lueneburg.de) senden wir gerne die Begründungen für alle diese Einzelpunkte kostenfrei zu.

zur Bundestagswahl



Bildung und lebenslanges Lernen – Für mehr Bundeskompetenz bei der Bildung

- Für stärker integrierte Leistungssysteme für Kinder und Jugendliche
- Lebenslanges Lernen strukturell verstärken und fördern
- Weiterqualifizierung während der Lebensarbeitszeit sicherstellen!
- Aus-, Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte zukunftsorientiert gestalten



Bürgerschaftliches Engagement – Für ein Recht auf Engagement

- Für bessere Rahmenbedingungen
- Kohärente Engagementpolitik schaffen
- Zeitpolitik als neue Herausforderung angehen
- Bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsgesellschaft stärken
- Für eine Inklusion von benachteiligten Menschen in die Freiwilligendienste
- Für eine gleichwertige Entwicklung der Freiwilligendienste
- Für eine Reduzierung der staatlichen Kontrolle auf das Notwendige

Europa – Für ein soziales Europa

- Für mehr Demokratie in Europa
- Bewahrung der gemeinnützigen Dienstleistungserbringung
- Gemeinschaftsaufgabe Flüchtlingsschutz - Für einen umfassenden Schutz flüchtender und geflüchteter Menschen



Menschen unterschiedlicher Geschlechtsidentität

- Für die Achtung und den Schutz des Rechts auf Selbstbestimmung der Geschlechtsidentität

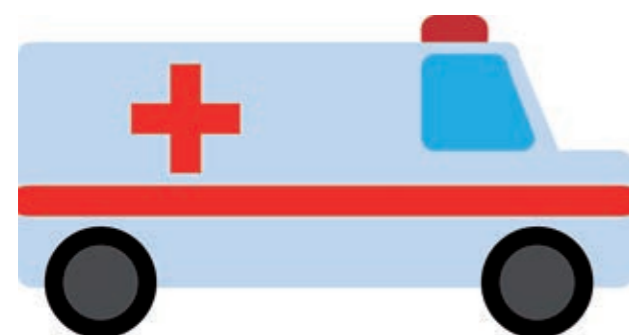


Familie – Für eine Aufwertung von „Fürsorge“-Arbeit

- Monetäre Familienleistungen
- Für eine Reform des Familienrechts
- Breite Debatte und Willensbildung über Grenzen und Bedingungen selektiver Pränataldiagnostik notwendig

Frauen – Für eine Aufwertung Sozialer Arbeit

- Für umfassende Lohngerechtigkeit
- Für einen besseren Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt
- Für einen besseren Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften
- Für eine gynäkologische Versorgung von geflüchteten Frauen
- Für sichere und gesunde Geburten
- Verbot sexistischer Werbung



Gesundheit – Für eine paritätische und soziale Kranken- und Pflegeversicherung

- Für eine bessere Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum
- Für eine Bekämpfung der gesundheitlichen Ungleichheit
- Für eine bessere Berücksichtigung der Gesundheitsbelange von Kindern
- Für eine regulierte Abgabe von Cannabis

Kinder und Jugend – Für eine umfassende Reform des SGB VIII mit inklusiver Lösung

- Für einen bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesbetreuungsangeboten
- Für einen qualitativen Ausbau der Betreuungsangebote
- Für die Beseitigung von Hürden beim Zugang zu Kinderbetreuungsangeboten
- Für mehr Investitionen in die Jugendarbeit
- Wahlalter absenken



Menschen mit Behinderungen – Für eine Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention



- Die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderungen beenden
- Barrierefreiheit herstellen
- Die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht umgestalten
- Teilhabe am Arbeitsleben für alle Menschen mit Behinderungen ermöglichen
- Für einen Inklusiven Arbeitsmarkt
- Inklusive Bildung für Menschen mit Behinderungen
- Geflüchtete Kinder und Jugendliche mit Behinderung

Migration – Für Migration und Vielfaltspolitik

- Für ein starkes Amt der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration
- Für eine bedarfsgerechte Unterstützung von minderjährigen und jungen volljährigen Geflüchteten
- Für ein Recht auf Familie für Menschen nach der Flucht



Rassismus – Für eine entschlossene Bekämpfung von Rassismus

Pflege – Für eine sachgerechte Personalbemessung

- Für die Refinanzierung einer angemessenen Bezahlung der Pflegekräfte
- Für eine sachgerechte Finanzierung der Leistungen der Behandlungspflege
- Für eine bessere palliative Versorgung in der stationären Pflege
- Für eine regelmäßige Dynamisierung der Pflegeleistungen
- Zusätzliche Betreuungsleistungen für Menschen ohne Pflegeversicherung
- Für einen Ausbau der Pflegeberatung
- Für eine Auflösung des Pflegevorsorgefonds



Rente – Für ein lebensstandard-sicherndes Rentenniveau

- Für weitere Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten
- Für eine sachgerechte Finanzierung der Mütterrenten
- Für eine Abschaffung der Zwangs-verrentung von Alg II-Beziehenden
- Für eine bessere rentenrechtliche Absicherung von Alg II-Beziehenden
- Für eine entschlossene Bekämpfung von Altersarmut

Sozialraum und Wohnen – Für Stärkung der Sozialraumorientierung

- Für eine bessere Förderung sozial benachteiligter Quartiere
- Bezahlbares Wohnen sicherstellen
- Für eine effektive Mietpreisbremse
- Für verstärkte Investitionen in die Daseinsvorsorge
- Für sozialraumorientierte Versorgungskonzepte in der Altenpflege



Kontakte

Lüneburg

Vorsitzender: Kalle Gienke ☎ 0 41 31 / 5 76 79

Adendorf

Vorsitzende: Elke Schönfeld ☎ 0 41 31 / 98 10 92

Stützpunkt Bardowick

Martin Fink ☎ 0 41 31 / 12 18 94

Mechtersen

Vorsitzende: Ingrid Böhring ☎ 0 41 78 / 12 96

Bleckede

Vorsitzender: Achmed Date ☎ 0 58 52 / 5 87

Bad Bevensen

Vorsitzende: Birgitt Sörnsen ☎ 0 58 05 / 98 18 03

Uelzen

Vorsitzende: Jutta Kalix ☎ 05 81 / 2 10 70 09

Lüchow

Vorsitzende: Gudrun Bölte ☎ 0 58 41 / 64 16

Stützpunkt Vögelsen

Treffen über Regionalverband
Jürgen Enke ☎ 0 41 31 / 75 96 14

Rat & Hilfen

Allgemeine Sozialberatung

Lüneburg, Auf dem Meere 41 · Di 9.00 – 10.30
Adendorf, Alte Schule, Dorfstr. 58a · Di 11.30 – 12.30
Bleckede, Breite Str. 39 · Do 9.00 – 11.00
Bad Bevensen, Krummer Arm 15 · Mo 11.30 – 12.30
Uelzen, Lindenstr. 20 · Mo 9.30 – 10.30

Unabhängige Erwerbslosenberatung

Lüneburg, Bülow's Kamp 35 (Buslinie 5014)
Di 8.30 – 12.30; Fr 8.30 – 13.30
Lüneburg, St. Stephanus Passage 15 (Bus 5011 + 5014)
Mi 15.30 – 18.30
Dahleburg, Dannenberger Str. 20 · Mi 9.00 – 12.00
Lüchow, Georgstr. 2 · Mo 13.00 – 16.00; Do 9.00 – 12.00
Dannenberg, Probsteikamp 12 (Am Bahnhof)
Mo + Mi 9.00 – 12.00; Do 13.00 – 16.00
☎ 0151 / 10 55 92 63
erwerbslosenberatung@awo-lueneburg.de
erwerbslosenberatung@awo-luechow-dannenberg.de

Soziale Schuldner- und Insolvenzberatung

Stadt und Landkreis Lüneburg ☎ 0171 – 3 42 03 06
oder inso@awo-lueneburg.de
Landkreis Lüchow-Dannenberg ☎ 0151 – 10 55 92 63
oder inso@awo-luechow-dannenberg.de

Selbsthilfegruppen für Suchtkranke

- ➔ Lüneburg – Wicherngruppe, Mo 19.00
Lerchenweg / Ernst Braune Str.
☎ 0 41 31 / 5 76 79
- ➔ Dahleburger Gruppe, Mo 19.00
Dannenberger Str. 20, ☎ 0160 / 7 25 80 29
- ➔ Bleckeder Gruppe, Mi 18.30
Breite Str. 39, ☎ 0160 / 99 82 13 95

Kurberatung für Familien, Mütter, Väter und Kinder

Lüchow ☎ 0 58 41 / 64 16
Lüneburg Terminvergabe Do 9:00 bis 10:00 ☎ 0 41 31 / 75 96 16 oder kurberatung@awo-lueneburg.de

AWO-Seniorenhilfen

Lüneburg, Bleckede, Bad Bevensen, Uelzen
☎ 0 41 31 / 75 96 18

Persönliche Hilfen für Jugendliche, Familien und Erwachsene – AWOSOZIALE Dienste gGmbH

Lüneburg, Adendorf, Dahleburg, Dannenberg, Lüchow
☎ 0 41 31 / 86 29 80

Berufshilfen für Jugendliche und Erwachsene AWOCADO Service gGmbH

Lüneburg, Dannenberg, Uelzen ☎ 0 41 31 / 7 59 60

Kinder- und Jugendreisen, Sprachferien

Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen
☎ 0 41 31 / 7 59 60

Jugendmigrationsdienst

☎ 0 41 31 / 69 96 58 – 12 / 14 / 23

Migrationsberatung für Erwachsene und Flüchtlingssozialarbeit

☎ 0 41 31 / 4 09 00-12

Betreuungsverein Lüchow-Dannenberg

Gesetzliche Betreuungen und Beratung
für ehrenamtliche Betreuer/innen
Dannenberg, Probsteikamp 12
☎ 0 58 61 / 98 55 90